

Sitzungsniederschrift

7. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, Raum 1.105 und 1.106, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 25.02.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:00 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Behrends, Kuno	SPD	Vertreter für Herrn Hans Forster
Carow, Johanne	FW	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Wolters, Hayo	CDU	
Beratende Mitglieder		
Brönstrup, Elke		
Eggert, Burghard		
Holling, Claudia		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Christoffers, Dieter		
Gronewold, Heinz		
Martens, Frank		
Müller, Heiner		

Puchert, Dr. Frank

Wilts, Manfred

Nicht anwesend:

Mitglieder

Forster, Hans

SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 3. Feststellung der Tagesordnung
 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.01.2016 - öffentlicher Teil -
 5. Einwohnerfragestunde
 6. Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen
 - 6.1. Sachstand der Unterbringung in den Notaufnahmeeinrichtungen Utlandshörn, Pewsum und Moordorf
 7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 8. Einwohnerfragestunde
 9. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch die **Vorsitzende Kleinert** festgestellt.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die **Vorsitzende Kleinert** bestätigt die Tagesordnung.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.01.2016 -
öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 20.01.2016 wird mit 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt. Die **Vorsitzende Frau Kleinert** stellt in Ergänzung zur Niederschrift vom 20.01.2016 fest, dass für den **Abgeordneten Herrn Sievers** die **Abgeordnete Frau Griesel** anwesend war. Die fehlende Anlage der Niederschrift vom 20.01.2016 wird mit der aktuellen Niederschrift der Sitzung nachgereicht (Anlage I).

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen während der Einwohnerfragestunde.

TOP 6 **Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen**

Herr **Christoffers** berichtet, dass sich derzeit 2027 zugewiesene Flüchtlinge im Leistungsbezug des Sozialamtes befinden. Anfang Januar wurde die aufzunehmende Quote an zugewiesenen Flüchtlingen auf wöchentlich 121 festgesetzt. Diese Quote konnte letztendlich durch intensive Gespräche mit der Landesaufnahmebehörde auf vierzehntäglich 150 Personen reduziert werden. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass es dem Landkreis in der Vergangenheit gelungen ist, geeigneten Wohnraum für diesen Personenkreis zur Verfügung zu stellen. In welchem Umfang weiter Wohnraum auf dem freien Markt zur Verfügung stehen wird, ist nicht einzuschätzen.

Abgeordnete Altmann fragt nach den Kapazitäten in den Notaufnahmen des Landes. **Herr Christoffers** führt aus, dass diese Kapazitäten für eine Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen nicht zur Verfügung stehen.

Abgeordneter Wolters bringt in Erinnerung, dass das Land Niedersachsen allein ca. 100.000 Flüchtlinge aufnehmen musste und daraus resultierend der Landkreis Aurich bislang ca. 3000 Personen aufzunehmen hat.

Herr Christoffers führt weiter aus, dass die vom Landkreis Aurich aufzunehmende Quote mit 2.140 Personen lediglich bis zum 31.03.2016 gilt. Bislang war die Bereitstellung ausreichenden Wohnraumes nur dadurch möglich, dass der Landkreis Aurich frühzeitig aktiv geworden ist und sich gut aufgestellt hat. Es wurden bereits im letzten Jahr für die Wohnraumschaffung 4 zusätzliche Mitarbeiter bei den Kreisvolkshochschulen eingestellt. Weiterhin wird der Landkreis in diesem Bereich durch die kreisangehörigen Kommunen unterstützt.



Herr Steinert ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass nach derzeitigen Erkenntnissen im Januar ca. 97.000 Flüchtlinge Deutschland erreicht haben sollen, so dass bei einer gleichen Frequenz bezogen auf das Jahr 2016 mit 1.2 Mio. neuen Flüchtlingen gerechnet werden. Der Landkreis Aurich müsste unter diesen Voraussetzungen im Jahr 2016 voraussichtlich von 3.500 bis 4.000 zusätzlichen Neuankömmlingen ausgehen.

Die **Vorsitzende Frau Kleinert** bestätigt, dass die Vorgehensweise des Landkreises Aurich der richtige Weg ist.

Der **Abgeordnete Sievers** fragt, wie das Verhältnis zwischen dem Landkreis Aurich und den Gemeinden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortet, dass dies Thema der HVB-Sitzung war. Weiterhin berichtet er, dass eine hohe Aktivität bei den Gemeinden festzustellen ist. Es erfolgt eine Abstimmung mit den Gemeinden bezüglich des sozialen Wohnraumes, der Entwicklung von Baugebieten und der Beratung bezüglich der Bauleitplanung. Dies gilt auch für die Städte Aurich und Norden. Dort erfolgt noch eine Intensivierung der Arbeit bzgl. der Schaffung sozialen Wohnraumes.

Abgeordneter Sievers fragt, wie sich die Bauleitplanung in den Kommunen für den sozialen Wohnraum gestaltet. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortet, dass die Bauleitplanung schlüssig sein muss und nach den rechtsstaatlichen Vorgaben umzusetzen ist.

Abgeordnete Altmann fragt, wie hoch die Zahl der freiwilligen Ausreisen im letzten Jahr sei. **Herr Steinert** sichert zu, dass die genaue Zahl im Protokoll nachgereicht wird (**77 freiwillige Ausreisen im Jahr 2015**). **Herr Tobiasen** erläutert, dass man nach seinen Feststellungen im Verhältnis zu den Abschiebungen wesentlich mehr freiwillige Ausreisen zu verzeichnen habe. **Abgeordnete Altmann** bittet um Auskunft, ob Abschiebungen derzeit durchgeführt werden und wenn ja wie viele. **Herr Steinert** antwortet, dass die genauen Zahlen ebenfalls im Protokoll nachgereicht werden (**14 vollzogene Abschiebungen im Jahr 2015**).

TOP 6.1 **Sachstand der Unterbringung in den Notaufnahmeeinrichtungen
Utlandshörn, Pewsum und Moordorf**

Herr Steinert berichtet, dass durch den Landkreis Aurich die 3 Notaufnahmeeinrichtungen in Pewsum, Norden und Moordorf im Rahmen der Amtshilfe für das Land eingerichtet wurden. Man habe in der ersten Zeit hohe Fluktuationen seitens der aufzunehmenden Flüchtlinge zu verzeichnen gehabt. Danach hat sich der Stand stabilisiert. Das Land hat signalisiert, dass die Amtshilfe zum 31.03.2016 definitiv endet. Es ist auf die Einrichtungen der Kommunen nicht mehr angewiesen, da die Kontingente des Landes für Notaufnahmen wesentlich erhöht wurden und die Zuweisungen der registrierten Flüchtlinge in die Kommunen relativ zügig erfolgen. Aus diesem Grund hat der Landkreis Aurich eine Neukonzeption der Einrichtungen geplant. Die Notaufnahmeeinrichtungen werden in Zukunft als Wohnraum für Flüchtlinge im Rahmen des Integrationskonzeptes umfunktioniert. Es sollen hier sogenannte Appartements eingerichtet werden. Geplant ist, dass in diesen Einrichtungen Integrationsmaßnahmen



wie z.B. Sprachförderung vor Ort erfolgen. Das Technische Gebäudemanagement des Landkreises entwickelt die Umgestaltung der Einrichtungen zu Wohnraum.

Abgeordneter Sievers stellt fest, dass die Camps als zukünftiger Wohnraum zur Verfügung stehen.

Abgeordnete Carrow erkundigt sich, ob der Umbau wegen der Eigentumsverhältnisse möglich ist. **Herr Steinert** bestätigt, dass entsprechende Maßnahmen mit Zustimmung der Eigentümer möglich sind. Weiterhin berichtet **Herr Steinert** über den Stand der derzeitigen Belegung der Camps:

Pewsum: 19 Personen

Utlandshörn: 45 Pers.

Moordorf: 23 Pers.

Wegen der bestehenden Arbeitsverträge erfolgt eine zeitnahe Auflösung der Einrichtungen zum Ende der Amtshilfe am 31.03.2016. Dazu berichtet **Herr Wilts**, dass die Kreisvolkshochschule 6 Mitarbeitern Ende Febr. gekündigt hat. Herr Bullwinkel berichtet dazu, dass ein Teil der Mitarbeiter der Camps in Pewsum und Norden in Qualifizierungsprojekte der KVHS Norden übergleitet werden. Soweit dies nicht möglich ist, werden Arbeitsverhältnisse beendet.

Abgeordneter Behrends fragt, wie viele Personen zukünftig in den Gebäuden aufgenommen werden können.

Herr Steinert führt aus, dass in Utlandshörn ca. 100 Personen, in Moordorf ca. 50 Personen und in Pewsum ca. 30-40 Personen wohnen können. Bezüglich Pewsum ist einschränkend festzustellen, dass das Objekt maximal noch ein Jahr zur Verfügung steht.

Abgeordneter Wolters merkt an, dass nach seiner Auffassung die Planung wegen der Flüchtlingszahlen sehr unsicher sei. Hierzu führt **Erster Kreisrat Dr. Puchert** aus, dass es insofern keine verlässlichen Größen gibt. Was die Planungen für die vor bezeichneten Notunterkünfte angeht ist erwähnenswert, dass das nachbarschutzrechtliche Verfahren bzgl. der Notunterkunft Utlandshörn erfolgreich abgeschlossen wurde.

Abgeordnete Altmann weist darauf hin, dass man den Focus nicht nur auf das Baurecht richten sollte. Sie bittet um einen kurzen Sachstandbericht hinsichtlich der Liegenschaft Blücherkaserne Aurich. **Erste Vorsitzende Kleinert** weist darauf hin, dass dies noch unter dem TOP Verschiedenes erörtert werden soll.

Herr Bullwinkel berichtet weiter über die Einrichtung Utlandshörn, in der zukünftig 100 Personen wohnen sollen. Wichtig ist, dass das Integrationskonzept an diese Herausforderungen angepasst wird. Aus den gemachten Erfahrungen kann man sagen, dass eine zentrale Unterbringung in der ersten Zeit des Aufenthaltes Sinn macht, wenn dann erste Integrationsmaßnahmen durchgeführt werden. Erst nach einem Aufenthalt von mindestens 3-6 Monaten mit entsprechender Schulung, in der Basics vermittelt werden, ist eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen sinnvoll. **Herr Wilts** ergänzt die Ausführungen von Herrn Bullwinkel dahingehend, dass Konzepte für sogenannte Integrationsstützpunkte weiterentwickelt werden. So können auch bestimmte Angebote an die bisherigen Notunterkünfte gebunden werden. **Herr Bullwinkel** führt noch dazu aus, dass man diese Angebote mit den zivilrechtlichen Akteuren erweitern kann.

Abgeordnete Kleen findet eine befristete Unterbringung in Sammelunterkünften nicht suboptimal. Sie findet es wichtig, dass es um Grundprinzipien geht und das man dort sechs Monate leben kann, und das ist positiv. Es gibt Aspekte, um Perspektiven zu entwickeln. Schließlich geht es nicht um Dauerwohnen.

Abgeordneter Sievers fragt, ob sich bzgl. der Einrichtung in Pewsum Investitionen für ein dreiviertel Jahr lohnen. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläutert, dass das Technische Gebäudemanagement des LK Aurich beteiligt ist. Pewsum ist für eine selbständige Lebensführung vorgesehen. Mögliche Investitionen orientieren sich an der Nutzungsdauer, so dass zum Beispiel mit Leichtbauwänden gearbeitet wird.

Abgeordnete Altmann bedauert, dass Pewsum nur kurz genutzt werden kann. Utlandshörn ist zu unterscheiden zwischen Notaufnahmeeinrichtung und Dauerwohnheim. Sie bezweifelt, ob der Standort für die Integration förderlich ist. Die Frage ist, ob das Objekt weitergeführt werden muss, wenn es Alternativen gibt. Die Arbeit der Kreisvolkshochschule wird jedoch nicht infrage gestellt.

Herr Eggert führt aus, dass aus seiner Sicht am Standort Utlandshörn die Integration von Flüchtlingen nicht möglich ist, weil das Lebensumfeld (Soziales, Verkehr, Vereine etc.) fehlt.

Abgeordneter Wolters weist auf das Problem des fehlenden Wohnraumes hin. In diesem Zusammenhang nimmt er Bezug auf eine Reportage des WDR, in der auf die Flüchtlingssituation nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen wurde.

Abgeordneter Odens führt aus, dass die Gemeinde Krummhörn zwischenzeitlich mehrere Gebäude für die Flüchtlinge gekauft hat, um Puffer für die Unterbringung zu schaffen. Die zentrale Unterbringung mit Integrationsmaßnahmen in der ersten Zeit macht Sinn. Danach sollte die dezentrale Unterbringung erfolgen. Dann ist Integration möglich. Das Problem sind grundsätzlich fehlende und verlässliche Zahlen.

Herr Steinert stellt rückblickend fest, dass man bei der Entwicklung des vom Kreistag beschlossenen Integrationskonzeptes von 800 Flüchtlingen ausgegangen sei. Danach wurde das Handlungskonzept ausgerichtet. Nunmehr hat man ein Vielfaches an zu betreuenden Flüchtlingen. Zuerst erfolgte lediglich die Wohnbegutachtung mit 2 Personen des Sozialamtes. Mittlerweile sind die Kreisvolkshochschulen mit involviert. Man ist dabei, die Schwerpunkte ständig anzupassen.

Herr Wilts erläutert, dass man sich in der Phase 2 befindet. Das bedeutet, dass Sprachkurse auch in die Fläche gebracht werden. So werden beispielhaft Sprachkurse in Kooperation mit der Gemeinde Großefehn durchgeführt. Es ist nichts statisch festgelegt. So werden für die Wohnungsakquise im Bereich der KVHS Aurich 3 Personen eingesetzt.

Abgeordneter Wolters erinnert daran, dass auch die sozial Schwachen in den Kommunen nicht vergessen werden dürfen.

TOP 7 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Herr Sell führt aus, dass es viel zu wenig Angebote an Sprachkursen in den Schulen gibt.

Herr Martens antwortet, dass man sich stark im Austausch mit den Schulen befindet. Wegen der hohen Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind die Kapazitäten erschöpft.

Abgeordnete Altmann fragt, inwieweit die Schülerzahlen der Flüchtlinge sich quantitativ auf die Grundschulen auswirken.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortet, dass im Schulentwicklungsplan 2014 die aktuelle Situation nicht vorherzusehen war. Es ist abzuwarten, wie relevant es hier ankommt. Weiterhin kommt es darauf an, wie sich die Eltern für die Schulen entscheiden. Auf die Clearingmöglichkeiten durch die BBS und die KVHS wird noch besonders hingewiesen.

Abgeordneter Wolters bittet um einen kurzen Sachstand zur Blücherkaserne.

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtet, dass es frühzeitig sehr konstruktive Gespräche mit dem MI gegeben hat, ob durch das Land oder den Landkreis die Notaufnahmepplätze betreut werden. Nachdem zunächst nicht klar war, ob die Kaserne als reguläre Erstaufnahmeeinrichtung oder als Notaufnahme gelten soll, hat sich das Land dafür entschieden, eine Notaufnahmeeinrichtung einzurichten. Noch wurde nicht geklärt, wie die Nutzungsdauer und die maximale Belegungsgröße definiert werden. Es finden noch Gespräche mit dem Land statt. Am 17.03.2016 wird sich der Kreistag mit dem Thema befassen.

Abgeordnete Altmann fragt nach der Obergrenze der Plätze in der Kaserne.

Erster Kreisrat Dr. Puchert führt aus, dass sich der Landkreis Aurich im Falle einer Vereinbarung verpflichten muss, 800 Personen aufzunehmen. Bei hohen Flüchtlingszahlen könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass über die Erhöhung der Belegungszahlen zu sprechen sei.

Abgeordnete Altmann erkundigt sich nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Land.

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtet, dass die bisher genannten Zahlen auf der Grundlage einer Mustervereinbarung basieren. Mitte März findet zwischen dem Niedersächsischen Landkreistag und dem Land Niedersachsen ein Verhandlungstermin bzgl. der Modalitäten (Pauschalen/Ausgabenerstattung etc.) statt. Das Ergebnis wird auch Gegenstand des nächsten Kreistages sein.

Abgeordnete Altmann fragt nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Kaserne.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortet, dass es seitens des Landes Vorstellungen über die Nutzungsdauer gibt. Angedacht sei Mitte 2018.

TOP 8 **Einwohnerfragestunde**

Frau Dissinger appelliert an die Entscheidungsträger, dass weitere Kindergartenplätze geschaffen werden.

Herr Martens führt dazu aus, dass es einen engen Kontakt mit dem Jugendamt gibt, inwieweit aufgrund der neuen Situation das Angebot ausgebaut werden muss. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Schulen grundsätzlich Dolmetscher bei der Landesschulbehörde anfordern können. Die Landesschulbehörde hat eine Dolmetscherliste. Viele Dolmetscher sind jedoch berufstätig, so dass diese nicht immer zur Verfügung stehen.

Frau Dissinger bestätigt, dass es konstruktive Gespräche mit der KVHS Norden/ Herrn Bullwinkel gibt und man sich zusammen auf einem guten Weg befindet.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende Kleinert schließt die Sitzung um 17.00 Uhr und bedankt sich bei allen Kolleginnen/en und Teilnehmern.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Gronewold
Protokollführer